

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884**

10.7.1884 (No. 162)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 10. Juli.

№ 162.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 R. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Festschrift oder deren Raum 15 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 4. d. Mts. gnädigt geruht, die bei dem Postamt Heidelberg auf 1. Oktober d. J. in Erledigung kommende Oberpostsekretär-Stelle dem Oberpostsekretär Anton Meyer in Freiburg zu übertragen.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 26. Juni cr. ist Folgendes bestimmt worden:

Befördert werden:

Der Stabs- und Abtheilungsarzt Dr. Ehrlich von der Rheinischen Abtheilung des Schlesischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 6 zum Oberstabsarzt 2. Klasse und Regimentsarzt des 2. Badiſchen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 30; der Assistenzarzt 1. Klasse der Landwehr Dr. Malbranc vom 2. Bataillon (Lörrach) 5. Badiſchen Landwehr-Regiments Nr. 113 zum Stabsarzt der Landwehr; die Unterärzte der Reserve Dr. Gehler vom 2. Bataillon (Heidelberg) 2. Badiſchen Landwehr-Regiments Nr. 110, de Voer vom 1. Bataillon (Freiburg) 5. Badiſchen Landwehr-Regiments Nr. 113 zu Assistenzärzten 2. Klasse der Reserve.

Versezt werden:

Der Oberstabsarzt 2. Klasse und Regimentsarzt Dr. Meisner vom 2. Badiſchen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30 zum Schleswigschen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 9.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 9. Juli.

Gestern Nachmittag fand wiederum eine Sitzung der finanziellen Begeordneten der Londoner Konferenz statt. Am nächsten Freitag soll eine weitere folgen. Die Konferenz selbst hat bis jetzt noch keine Veranlassung gefunden, zu einer zweiten Sitzung zusammenzutreten. Man erwartet noch das Eintreffen des russischen Generalkonjuls Witrow, der an den Beratungen der finanziellen Sachverständigen sich theilnehmen soll. Das Verhalten der deutschen, österreichischen und italienischen Regierungen wird als ein reservirtes bezeichnet. Von Seiten der französischen Regierung ist ein finanzielles Gegenprojekt aufgestellt worden; die politische Seite der Sache wird, wie fortwährend verlautet, durch die russische Regierung accentuirt. Die Hoffnung der englischen Regierung, daß die Konferenz alsbald die Vorschläge Englands genehmigen werde und einen lediglich formellen Charakter tragen würde, hat sich nicht erfüllt. Dieser Scheitern des englischen Ministeriums ist aber um so unerfreulicher, als Gladstone formell dem Parlament zugesagt hat, die Abmachungen der Konferenz zu vorheriger Genehmigung zu unterbreiten. Das Parlament ist kaum noch zusammenzubringen und wünscht lebhaft vertagt zu werden; dem steht jedoch die Lage der Konferenzarbeiten entgegen, die noch das Ende nicht absehen lassen.

Von noch nicht absehbarer Tragweite für das parlamentarische Leben Englands ist der heute Nacht gefaßte Beschluß des Oberhauses, wodurch die Wahlreform-Bill in zweiter Lesung mit 205 gegen 146 Stimmen verworfen wurde. Die aus der Haltung der Lords sich ergebende politische Lage findet sich weiter unten in der Londoner Korrespondenz dargelegt.

Dem „Hann. Cour.“ wird geschrieben:

Angesichts der Debatten über den Antrag Ackermann ist es vielleicht angemessen, auf eine kleine Schrift hinzuweisen, welche im September 1865 veröffentlicht wurde und die jetzt von dem bekannten Ständer der Arbeiterkolonie Wilhelmshafen, dem Pastor v. Bodelschwing, wieder aufgelegt worden ist. Derselbe stammt von dem weiland Professor der Rechte Clemens Theodor Berthe in Bonn; die statistischen Materialien, welche benutzt worden sind, stammen von dem damaligen Bürgermeister von Bonn, Herrn Kaufmann, der jetzt im Zentrum sitzt. Also die Autoren derselben sind keineswegs des Liberalismus verdächtig, wenn man überhaupt annehmen könnte, daß Herr v. Bodelschwing eine liberale Schrift wieder auflegen würde. Das Büchlein ist bestimmt, für die „Herbergen zur Heimat“ Propaganda zu machen; es enthält in seiner Einleitung eine kurze Darstellung der damaligen Verhältnisse des Handwerks. 1855 bestand eine Vorgeschrift, wie sie der Antrag Ackermann verlangt: Nur Innungsmeister oder Meister, die bei einer Innung eine Prüfung bestanden hatten, durften Lehrlinge halten. Was sagt nun Herr Professor Berthe: „Überall ist heute das Innungsleben erloschen, die Innungen sind in sich zerfallen — man muß den Uebergangszustand nehmen so wie er ist, und muß den Anforderungen zu genügen suchen, welche die Wirklichkeit unserer Jahrzehnte stellt. In allen Städten schwindet von Jahr zu Jahr schneller der lebendige, genossenschaftliche Zusammenhang unter den Handwerkern, selbst wenn Formen des Zusammenhangs sich erhalten haben sollten. Das Gefühl der Gemeinschaft, das Bewußtsein der Standesherrlichkeit und der Standeswürdigkeit gilt fast schon als Zeichen eines beschränkten, den Geist der Zeit nicht fassenden Menschen. Nur als Einzelne stehen die Meister sich einander gegenüber, und

zwar als Einzelne, von denen Jeder durch den Ruin der Uebrigens steigen will; einer arbeitet noch wohlfeiler wie der andere, schludert und pfuscht, um den Genossen desselben Handwerks die Kunden abspenstig zu machen. Die Handwerker schämen sich selbst des Namens eines Meisters; Stiefelfabrikant, Magazinier für Herrenkleider, Postlieferant in Schuhen ist auf vielen Schildern zu lesen.“ Lieft sich das nicht genau so, als wenn man Neben des Herrn Ackermann oder des Herrn v. Kleist-Kow liegt? Aus diesen wenigen Worten geht hervor, daß nicht erst die Gewerbeordnung von 1869 alle Klagen der Handwerker hervorgehoben hat, die wir heute hören. Die Gewerbeordnung von 1869 hat nur die Konsequenzen dessen gezogen, was seit Jahren bestand; sie hat die Formen des gewerblichen Lebens der Wirklichkeit desselben angepaßt. Was nun speziell die Lehrlingsfrage betrifft, die doch damals ganz nach dem Wunsche des Abg. Ackermann geordnet war, so heißt es in der Einleitung des zitierten Büchleins: „Heute haben wir zahllose Handwerksmeister, die ohne Meistergefühl und ohne Handwerksstolz dem als Lehrlingen und Gesellen heranwachsenden Handwerksgeheiß gegenüberstehen. Das zeretzte Handwerk kann und darf den früheren entscheidenden Einfluß auf die Heranbildung seiner Glieder nicht bewahren.“ Professor Berthe führt dann aus, daß die großen, vielbeschäftigten Meister sich nicht gerne mit Lehrlingen abgeben, die kleinen hätten kaum Arbeit genug für sich selbst. Auch damals schon stand der Lehrling der Familie des Meisters fern, er erhielt Kost und Wohnung von seinen Eltern oder gar von fremden Leuten. Ebenso arbeitete schon damals der Geselle vielfach nicht bei dem Meister, sondern in seiner „Schlafstube“; er arbeitete nicht gegen Wochen, sondern gegen Stücklohn. Also alle die lautatorischen temporis acti, welche immer von dem Handwerkerparadies vor der Gewerbeordnung von 1869 reden, befinden sich in einem — vielleicht abschlichen Irrthum. Wenn man sich die Mühe nehmen wollte, könnte man aus den fünfziger Jahren so wohl wie aus den dreißiger und vierziger Jahren neben dem eben mitgetheilten Zeugniß des Professors Berthe noch hundert andere anführen, die bezeugen, daß damals die Klagen der Handwerker dieselben waren, wie heute.

### Deutschland.

\* Berlin, 8. Juli. Wie aus England gemeldet wird, wird die Kronprinzliche Familie demnächst zum Besuch bei der Königin Viktoria in England erwartet. Die Kronprinzlichen Herrschaften werden jedoch natürlich erst die Reise dorthin antreten nach erfolgter glücklicher Entbindung Ihrer königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Wilhelm, welcher übrigens bereits in den allernächsten Tagen entgegengefahren wird. — Seine königliche Hoheit der Prinz Georg wird in den allernächsten Tagen nun gleichfalls Berlin verlassen und sich zunächst zum Kurgebrauch nach Bad Ems und von dort später nach Gastein begeben. — Das „Militär-Wochenblatt“ veröffentlicht heute, daß dem Korvettenkapitän im Marinefahrgeschwader, Herr v. Meller mit Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Civildienst und seiner bisherigen Uniform bewilligt worden ist. Herr Meller und der Korvettenkapitän Lebelin sind die beiden deutschen Marineoffiziere, welche vor kurzem mit dreijährigem Vertrage in die Dienste der kaiserlich chinesischen Marine eingetreten sind und zunächst die Aufgabe übernommen haben, die beiden von der Stettiner Aktiengesellschaft Vulkan erbauten Panzerkorvetten von Swinemünde nach China überzuführen. — Der Geh. Regierungsrath Dr. Koch, welcher zur Beobachtung der dort ausgebrochenen Cholera nach Toulon gesandt worden ist, sendet der ihm vorgesetzten Reichsbehörde täglich Berichte über seine Beobachtungen ein. Die außerordentliche Reichskommission, welche nach dem Ausbruch der Cholera hier zusammengetreten ist, hat ihre Aufgabe noch nicht beendet, sondern deren Lösung lediglich vertagt. Die Arbeiten werden nach Rückkehr des Geh. Rathes Koch wieder aufgenommen werden und voraussichtlich zu einem eingehenden Bericht an den Bundesrath führen. Es läßt sich erwarten, daß der letztere, falls auch Deutschland von der Gefahr der Epidemie bedroht sein sollte, nicht verfehlen wird, im voraus rechtzeitige Anordnungen zur Verhütung der Gefahr zu treffen.

— Unter dem Vorsitze des belgischen Konsuls Goldberger hat sich hier eine Kommission für die Aussteller Norddeutschlands und des Königreichs Sachsen auf der Antwerpener Welt-Ausstellung konstituiert. Stellvertretende Vorsitzende sind Frhr. v. Landsberg-Behlen und der Vizepräsident des Aeltestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft, Dietrich. Der Kommission gehören zahlreiche Reichstags- und Landtags-Abgeordnete, Industrielle und andere angesehenere Persönlichkeiten an. Die Geschäftsführung übernahm Dr. Jannasch, der zugleich Bevollmächtigter des Centralomite's ist.

— Gestern wurde unter zahlreicher Theilnahme die Leiche des Generalpostdirektors a. D. v. Phillipsborn zur letzten Ruhebestätte geleitet. Zu seinem Andenken hielt der Staatssekretär Dr. Stephan in einer besondern Sitzung der drei Abtheilungen des Reichs-Postamts eine Gedächtnisrede; er entfaltete in warmen Worten ein Bild der Wirksamkeit und der Verdienste des Verstorbenen um die Postverwaltung. Als ein Muster ächten deutschen Beamtenhums habe der Verstorbene stets mit vollster Hingebung und Treue seine Kräfte dem Vaterlande gewidmet und hiedurch sowie durch die ihn auszeichnenden vor-

züglich Eigenschaften seines Herzens und seine Bescheidenheit sich ein bleibendes ehrendes Andenken bei Allen gesichert, welche ihm im Leben nahe getreten. Das Reichs-Postamt widmet dem Verstorbenen folgenden Nachruf: „Am 4. Juli verstarb hieselbst der General-Postdirektor a. D. Karl Ludwig Richard v. Phillipsborn. Am 16. Juli 1818 in Schwedt geboren, trat derselbe, nachdem er auf dem Joachimsthal'schen Gymnasium seine schulwissenschaftliche Bildung vollendet hatte, am 3. Dezember 1835 in den preussischen Postdienst. Durch seine ausgezeichneten Eigenschaften zog er alsbald die Aufmerksamkeit seiner höhern Vorgesetzten auf sich und ward, nachdem er in verschiedenen Stellen des Provinzial-Postdienstes mit Erfolg thätig gewesen, noch sehr jung in die Centralbehörde berufen. Bereits im Jahre 1847 wurde er zum Postinspektor, 1849 im Alter von 31 Jahren zum Geheimen Postrath und vortragenden Rath im General-Postamt befördert; 1852 erfolgte seine Ernennung zum General-Postinspektor, 1859 zum Geheimen Oberpostrath und 1862 zum Nachfolger des in jenem Jahre verstorbenen General-Postdirektors Schmückert. In allen diesen Stellen hat Phillipsborn mit eifernem Fleiß, voller Hingebung und größter Gewissenhaftigkeit sich dem Dienste gewidmet und mit praktischem Blick zeitgemäße Einrichtungen getroffen. Im Jahre 1865 erfolgte allerhöchsten Orts seine Erhebung in den Adelsstand. Während des Krieges gegen Oesterreich entfaltete v. Phillipsborn eine aufopfernde Thätigkeit bei Einrichtung und Unterhaltung der Feldpost-Anstalten, welcher der Erfolg nicht ausblieb. Nach dem Kriege fiel ihm die schwierige Aufgabe zu, das Postwesen der zum Norddeutschen Bunde zusammengetretenen Staaten gemäß der Verfassung und Gesetzgebung zur einheitlichen Gestaltung zu bringen. Die Ausführung dieser Aufgaben hatte seine Kräfte dermaßen in Anspruch genommen, daß die Rücksicht auf seinen Körperzustand es ihm im April 1870 rathsam erschien, um seine Entlassung aus dem Staatsdienste zu bitten, welche ihm unter Anerkennung seiner dem Vaterlande geleisteten Dienste in ehrenvoller Weise zu Theil wurde. Er bekleidete hierauf noch einige Zeit die Stelle des Präsidenten der Preussischen Central-Bodencredit-Gesellschaft; allein die Nachwirkungen der früheren Anstrengungen blieben nicht aus, so daß er sich bald gänzlich von den Geschäften zurückziehen mußte. Es sollte ihm nicht vergönnt sein, am Abend seines arbeits- und aufopferungsvollen Lebens der wohlverdienten Ruhe theilhaftig zu werden. Ein unerwarteter Tod entriß ihn dem innigst gepflegten schönen Verhältniß zu seinen Verwandten sowie seinen vielen warmen Freunden und aufrichtigen Verehrern.“

Danzig, 8. Juli. Das Panzergeschwader, zwei Panzer-Kanonensboote und die Torpedoboot-Division führten vergangene Nacht wiederholt größere Angriffsbewegungen auf die Danziger Hafensperrwerke aus, sowie den Ueberfall des Geschwaders im Putziger Wiek durch Torpedoboots. Prinz Heinrich und General v. Capriotti wohnten auf der „Grille“ und dem „Blitz“ den Manövern bei. Prinz Heinrich fährt Nachmittags auf der „Hansa“ nach Kiel zurück. Das Geschwader bleibt bis zum 17. Juli hier.

München, 8. Juli. Der Redakteur des „Vaterland“ Sigl ist vom Schwurgericht wegen verleumderischer Beleidigung des Kriegsministers und einfacher Beleidigung von vier Generalstabs-Offizieren zu einer Gefängnißstrafe von 9 Monaten verurtheilt. Die sofortige Verhaftung ist angeordnet. Von der Anklage der Verächtlichmachung der Einrichtung des bayerischen Generalstabs ist Sigl freigesprochen worden.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Juli. Es ist eine peinliche, aber leider nicht mehr wegzuleugnende Thatsache, daß in Folge der vorgestrigen Städtewahlen nunmehr auch der Landtag von Mähren für die Deutschen verloren gegangen ist. Nach dem Verluste von 11 Mandaten zählt die deutsche Partei noch 48 unter 100 Mitgliedern. Die Tschechen sind freilich trotz ihres Erfolges auch nur 41 Mann stark, aber es wird jetzt eben nur die Frage sein, ob die ausschlaggebende Mittelpartei, die in intimer Fühlung mit der Regierung steht, mehr Berührungspunkte mit den Deutschen als mit den Tschechen finden wird. Auf alle Fälle ist die deutsche Linke nicht mehr für sich allein aktionsfähig, sie kann ihre bisherige Politik nicht mehr durch eigene Kraft zur Geltung bringen und ist auf Kompromisse angewiesen. Man untersucht selbstverständlich jetzt mit großem Eifer die Gründe, welche zu dieser für alle Welt unerwarteten Niederlage geführt haben. Natürlich wird gesagt, die Regierung habe einen Hochdruck ausgeübt, und daß der Statthalter Graf Schönborn selbst in Ungarisch-Prabisch gegen den deutschen Kandidaten auftrat und seine eigene Wahl durchsetzte, so wird der Kritik der liberalen Blätter nicht viel entgegengeleitet werden können. Es wurde ferner auch behauptet, daß die Wählerlisten willkürlich zusammengesezt, deutsche Wähler gestrichen, tschechische eingefügt worden seien. Dergleichen wäre nun schon vor der Wahl zu kontrolliren, da die Listen ja offen aufliegen müssen, und





